

whistleblower

N E T Z W E R K E . V .

Abs.: Whistleblower c/o Dt. Journalisten-Verband
Alte Jakobstr.79/80 10179 Berlin

Herrn Bundesminister Heiko Maas
Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz
Mohrenstr. 37
10117 Berlin

WHISTLEBLOWER-NETZWERK E.V.
c/o djv (Deutscher Journalisten-Verband)
Alte Jakobstraße 79/80, 10179 Berlin

WWW.WHISTLEBLOWER-NET.DE
INFO@WHISTLEBLOWER-NET.DE
FON +49 170 2965660

Berlin, den 1.2.2018

Sehr geehrter Herr Minister Maas,

„Ich wusste, dass Whistleblower in Deutschland kaum geschützt sind. Die Konsequenzen waren Teil meiner bewussten Entscheidung. Aber wie schlimm es dann wirklich kommt, kann man sich kaum vorstellen.“

Dies schreibt ein Mann, der seinen Arbeitgeber anzeigte und seine Arbeit verlor. Martin Porwoll aus Bottrop deckte wahrscheinlich einen Krebsmittel-Skandal von schier unglaublicher Inhumanität auf.

Wir appellieren an Sie als Mitglieder der künftigen Regierungsparteien: Verweigern Sie Menschen wie Martin Porwoll nicht länger den Schutz.

Im Koalitionsvertrag für die letzte Legislaturperiode war vereinbart zu prüfen, ob Deutschland seinen Verpflichtungen zum Whistleblowerschutz aus ratifizierten internationalen Vereinbarungen nachgekommen sei. Da die Prüfung von Ihrer Seite unterblieb, gab der DGB ein Gutachten in Auftrag. Das stellt schwere Versäumnisse fest.

Die anstehende Umsetzung der EU-Direktive zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen wie auch die neue EU-Lebensmittelkontrollverordnung schaffen neuerlichen Regelungsbedarf beim Whistleblowerschutz.

Wir appellieren an Sie: Stellen Sie die Weichen für ein eigenständiges umfassendes Gesetz bereits jetzt in den Koalitionsverhandlungen.

Seit 2008 wurden dem Parlament vier Gesetzentwürfe für einen mehr oder minder zureichenden Whistleblowerschutz vorgelegt. Damit verbunden waren jeweils Ausschussanhörungen, in denen rund drei Dutzend Experten und Stakeholder Notwendigkeit und alternative Ausgestaltungsmöglichkeiten eines Gesetzes diskutiert haben. Alle fachlichen Fragen sind geklärt. Jetzt geht es nur noch um den politischen Willen. An dem die Gesetzentwürfe scheiterten.

Vorstand: Dipl.Pol. Annegret Falter, Prof. Dr. Johannes Ludwig, Markwart Faussner, Thomas Holbach
Erweiter Vorstand: OStA a.D. Robert Bungart, Dipl.Ing. Günter Steinke, Dipl.-Ing. Ingo Karras
Beirat: Renata Avila, Dr. Marta Böning, Klaus Hennemann, Dr. Christian Humborg, Dr. Constanze Kurz, Dipl.Pol. Markus Löning, Wolfgang Neskovic, Katharina Nocun, Matthias Spielkamp, Prof. Dr. Roland Roth, Dr. Elke Steven, Arne Semsrott, Konstantin Wecker, Frank Wehrheim, Theresa Züger

Wir appellieren an diesen Willen: Bitte lesen Sie die erschütternden Erfahrungsberichte von fünf deutschen Whistleblowern. Diese haben Verantwortung übernommen. Diese haben im öffentlichen Interesse gehandelt. Diese haben dafür büßen müssen. Nun ist es an Ihnen, endlich für ein Schutzgesetz zu sorgen.

Es kann nicht um weitere disparate rechtliche Regelungen gehen, die die bestehende Rechtsunsicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur noch vergrößern. Unsere Whistleblower, unsere Demokratie und unsere Wirtschaft brauchen ein effektives *umfassendes* Whistleblowerschutzgesetz.

Viele Interessen werden im Gesetzgebungsprozess zu berücksichtigen und abzuwägen sein. Bitte bedenken Sie dabei: Der einzelne Whistleblower ist das schwächste Glied in der Kette. Stärken Sie David im Kampf gegen Goliath.

Mit freundlichem Gruß im Namen des Vorstands



Annegret Falter (Vorsitzende)